

Ansonsten sind die Zeitschriften der Massenorganisationen zu erwähnen, nämlich "Chinesische Frau", "Der Chinesische Arbeiter", "Jugend in China", "Chinesische Junge Pioniere".

Auch populärwissenschaftliche Schriften sollen mehr und mehr gefördert werden. Die chinesische Wissenschaftliche und Technische Vereinigung bereitete die Gründung einer Gesellschaft für populärwissenschaftliche Schriftsteller vor, sowie einen Plan für die Schaffung und Veröffentlichung solcher Literatur in den kommenden acht Jahren (NCNA, 4.6.78).

## VERTEIDIGUNG

### (37) WEU lehnt Waffenlieferungen an China ab

Am 17. Juni hatte der stellvertretende chinesische Außenminister Yü Chan einem Korrespondenten des Organs der Democrazia Cristiana, Il Popolo, mitgeteilt, China sei an technologischen Importen aus den europäischen Ländern interessiert, und ließ nebenbei auch wissen, daß zu solchen Importen auch Waffen gehören könnten.

Diese Bemerkung fiel am Vorabend einer WEU-Tagung, bei der das Thema China zum ersten Mal auf der Tagesordnung erschien. Die Westeuropäische Union, hervorgegangen aus dem "Vertrag von Brüssel" zwischen Frankreich, Großbritannien und den drei Benelux-Staaten im Jahre 1948, war im Oktober 1954 durch Italien und die Bundesrepublik erweitert worden. Dieser Sieben-Staaten-Pakt, eine Art "Ersatz-NATO", garantiert in Artikel 5 einen die bereits bestehende NATO-Hilfe ergänzenden Zusatzschutz im Falle eines sowjetischen Angriffs auf eines der Mitgliedsländer. Die "Parlamentarische Versammlung der WEU", zu der 90 Parlamentarier aus den sieben Mitgliedstaaten gehören, tagt zweimal im Jahr, meist in Paris.

Das Thema der ersten Tagung des Jahres 1978 ging um Fragen der Sicherheit an Europas Südflanke (Mittelmeer und Afrika) sowie um die Haltung Europas gegenüber China als eines potentiellen Verbündeten Europas.

Der britische Tory-Abgeordnete Sir Frederick Bennett, Berichterstatter des Außenpolitischen Ausschusses der WEU, hatte bereits in einem ersten Entschließungsentwurf von Mitte März 1978 gefordert, den Chinesen, deren "Außenpolitik von der Furcht vor der Sowjetunion beherrscht sei", neben wirtschaftlicher und technischer Hilfe auch "Unterstützung bei der Modernisierung und Neuausrüstung ihrer Streitkräfte" zu leisten.

Der Entwurf gelangte u.a. in die Hände der Sowjetunion, deren Geschäftsträger in den sieben WEU-Hauptstädten am 12. Mai gleichzeitig gegen den Passus über Waffenlieferungen protestierten und dessen Streichung verlangten. Vor allem die Bundesrepublik, die zu dieser Zeit gerade Breschnew in Bonn zu Besuch hatte, reagierte auf diesen Protest und sorgte dafür, daß im Außenpolitischen Ausschuß der WEU, der unter Leitung einer SPD-Abgeordneten steht, die ursprüngliche Rapportfassung abgeändert wurde. Trotz des Protestes anderer Länder, vor allem der französischen und englischen Seite, die an dem Waffenlieferungswillen festhielten, wurde der Entwurf nun in zwei Teile aufgespalten. Der erste stand unter dem Thema "China und die europäische Sicher-

heit" und forderte eine intensivere Zusammenarbeit mit der Volksrepublik. Die Handelsbeziehungen sollten intensiviert und der technologische Austausch verstärkt werden. Diese Entwurfsempfehlung wurde mit 44 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Waffenlieferungsklausel wurde in einem Zusatzantrag eingebracht und war vorsichtig dahingehend formuliert, daß Gesuche Chinas um die Lieferung von Defensivwaffen entsprechend der Haltung der britischen und französischen Regierungen gegenüber dieser Frage "objektiv geprüft" werden sollten.

34 Parlamentarier stimmten jedoch gegen diesen Zusatzantrag und brachten ihn damit zum Erliegen.

Der Grund für diese Haltung war die Rücksichtnahme auf die Sowjetunion. Auf der einen Seite wäre es gewiß verlockend gewesen, europäische Waffen an die sowjetische Hintertür zu verlegen und so die europäische Flanke zu entlasten. Der Preis dafür allerdings wäre möglicherweise das Ende der gegenwärtigen Entspannungsperiode gewesen. (Berichte aus Paris von FAZ und NZZ, 21.6., Die Welt, 22.6.78)

### (38) US-Militärmaterial für China

Washington ist offensichtlich bereit, China technologisches Know-how zu liefern, daß auch militärisch eingesetzt werden kann. Die Änderung der amerikanischen Haltung sei vorwiegend auf die Reise von Präsident Carters Sicherheitsberater Brzezinski nach China zurückzuführen. Bei den Instrumenten, die vorwiegend für die Erdölprospektierung eingesetzt werden können, soll es sich um mit Ultraviolettstrahlen arbeitende Geräte handeln, die von Flugzeugen eingesetzt werden. Die Vertragssumme beläuft sich auf 2,8 Mio. US\$ (SZ, 10.6.78). Dieses System ist auch für militärische Zwecke verwendbar, so z.B. für die Aufspürung von U-Booten. Das Gerät soll nach dem Willen der Carter-Regierung nicht an die Sowjetunion geliefert werden. Wie aus Washington verlautet, werden auch in Zukunft von Fall zu Fall ähnliche Technologien nach China exportiert werden. Der gegenwärtige Abschluß annonciert jedoch noch nicht ein grundsätzliches Präjudiz für künftige Fälle. Verteidigungsminister Harold Brown: "Wir haben keine Pläne für Waffenlieferungen in die Volksrepublik China." Im Berichtszeitraum haben zwei chinesische Militärdelegationen eine Reise nach Europa begonnen. Nach Hsin-hua wird die eine unter Leitung des stellvertretenden Generalstabschefs der Volksbefreiungsarmee, Ai Ping, Schweden und Italien besuchen. Ziel der anderen Delegation ist Jugoslawien. Delegationschef ist der stellvertretende Generalstabschef und Mitglied des Zentralkomitees der KP, Yang Yung. (IHT, 9.6. und NZZ, 9.6.78)

### (39) China über die Neutronen-Bombe

Der Provinz-Sender Chekiang (SWB 25.4.78) brachte am 19.4. ein Programm, das die Neutronen-Bombe ausführlich analysierte und die Einstellung der chinesischen Regierung zu dieser Frage erkennen ließ.

Die Neutronen-Bombe wurde als "die neue Waffe" bezeichnet, "über die so viel im Auslande herumgeprahlt wird, als ob sie ein unergründliches Mysterium sei." Obgleich ausländische Zeitungen die Bombe als eine saubere Waffe bezeichnet hätten, die an Gebäuden und Ausrüstungen keine physische Beschädigung hinterließen, hielt der Sender fest, "tat-

sächlich ist diese Reinheit lediglich relativ, absolut gesehen ist sie schmutzig. Die Neutronen-Bombe ist nicht notwendigerweise absolut sauber. Ganz gleich, welche Methode man benutzt, um sie zur Explosion zu bringen, sie produziert Druckwellen und Licht- wie Hitzestrahlen. Gleichzeitig verursacht die Neutronenstrahlung eine radioaktive Verseuchung..." Die erstaunliche und im politischen Kontext zu sehende Schlußfolgerung lautete: "Als ein neuer Typ taktischer Nuklearwaffen besitzt die Neutronen-Bombe gewisse Vorteile, was ihre Effektivität und ihre Kosten angeht, aber sie ist auch ein Papiertiger wie die Atombombe und die Wasserstoffbombe." Diese differenzierende Stellungnahme ist von der offiziellen Einstellung der USA nicht weit entfernt und steht im stärksten Gegensatz zum publizistischen Kesseltreiben des Ostblocks gegen die Einführung dieser Waffe. Radikale Anhänger Chinas im Westen werden es schwer haben, eine solche Einstellung nachzuvollziehen.

#### (40) Stellvertretender Verteidigungsminister: Keine Wiedereinführung der militärischen Dienstränge

Bei einem Zusammentreffen am 21.5. mit einer japanischen Delegation nahm Su Yü, der chinesische stellvertretende Verteidigungsminister, zu Berichten Stellung, daß das System der Dienstränge in der Volksbefreiungsarmee wiederbelebt würde (SWB, 23.5.78). Eine solche Wiedereinführung würde Unterschiede zwischen der Führungsspitze und der Basis aufbrechen lassen, ohne daß man davon irgendwelche Vorteile hätte; deshalb würden die Dienstränge in der Volksbefreiungsarmee auch in Zukunft nicht wieder eingeführt.

### AUSSENWIRTSCHAFT

#### (41) Li Ch'iang über Chinas Außenhandel

In der neuesten Nummer des chinesischen Außenhandelsmagazins China's Foreign Trade (Nr.3/1978) erklärte Außenminister Li Ch'iang in einem Interview, daß sich der wirtschaftliche und technische Austausch zwischen China und den westeuropäischen Staaten mit zunehmender Entwicklung der eigenen Wirtschaft verbessern werde. Die Handelsaussichten zwischen China und den EG-Staaten seien sehr günstig. Über die Grundsätze der chinesischen Exportpolitik befragt, antwortete Li: "Die chinesischen Im- und Exportgesellschaften haben internationale Praktiken im Handel mit anderen Ländern wiederhergestellt bzw. angenommen. Zum Beispiel stimmen sie folgenden Auflagen zu: 1. Sie akzeptieren Designwünsche und Handelsmarken des Käufers; 2. sie akzeptieren Aufträge, bei denen der Käufer eigenes Material stellt; 3. sie akzeptieren Orders, die mit eigenen Materialien des Käufers verpackt werden; 4. sie akzeptieren Aufträge, bei denen einzelne Komponenten wie auch ganze Werkzeugsätze angefertigt werden nach den Besonderheiten der Maschine des Käufers; 5. sie akzeptieren verschiedene Zahlungsformen, gemäß der besonderen Situation; 6. die Außenhan-

delsgesellschaften verkaufen Güter auf ausländischen Messen; sie verschicken Ware in fremde Länder; 7. die Preisfestsetzung für die Exportwaren unterliegt den vorherrschenden Bedingungen am internationalen Markt." Zur Frage der Bezahlung von größeren Technologieimporten antwortete Li Ch'iang u.a.: "Unsere Importe sollten auf der Fähigkeit zur Bezahlung basiert sein. Nur wenn wir bezahlen können, können wir unsere Importe steigern. D.h., nur wenn wir gleichzeitig unseren Export erhöhen, können wir mehr Güter importieren. Gleich welche Form der Bezahlung wir durchführen - bar, Teilzahlung, Zahlungsziele mit langen Laufzeiten, Kompensation mit eigenen Produkten oder anderen auf dem internationalen Markt gängigen Formen -, in jedem Fall gehen wir davon aus, daß all diese Formen auf unserer Fähigkeit, schnell bezahlen zu können, basieren müssen, wenigstens innerhalb einer bestimmten Periode. Andere Formen, die von diesem Prinzip abweichen, sind für uns nicht akzeptabel."

Kündigte Chinas Außenhandelsminister also in diesem Interview schon einen Wandel der chinesischen Kreditpolitik an? Soll, wie DIE WELT vom 16. Juni berichtete, nach der Aussage des Hauptgeschäftsführers der Friedrich-Ebert-Stiftung das Zentralkomitee der KPCh sogar den Beschluß gefaßt haben, Bankkredite zu normalen Konditionen aufzunehmen? Zunächst soll es sich dabei um Fünfjahreskredite handeln. Nach einer Meldung der FAZ vom 10. Juni 1978 soll deutschen Industrievertretern in Peking versichert worden sein, daß die chinesische Regierung bereit sei, von westlichen Banken Kredite mit einer Laufzeit bis zu 12 Jahren zu nehmen. In der Frankfurter Rundschau vom 8. Juni wird ein chinesischer Minister (offensichtlich handelt es sich dabei um Ku Mu) zitiert, der gesagt haben soll: "Wir wollen bei der Barzahlung bleiben, aber die ausländischen Anbieter haben uns über die Maßen gedrängt, doch ihre Kreditangebote anzunehmen. So sind wir gezwungen, von der Barzahlung abzugehen."

#### (42) Handelsbeziehungen mit Australien

China war im Erntezeitraum 1976/77 Australiens größter Abnehmer von Weizen. Von insgesamt 9,5 Mio. t Weizenexport ging fast ein Drittel in die Volksrepublik. Dadurch hat sich der Wert der Gesamtexporte Australiens nach China innerhalb der letzten zwei Jahre von 200 Mio. auf 400 Mio. \$ verdoppelt. Um die Beziehungen auch auf anderen Sektoren zu erweitern, wird eine australische Eisen- und Stahldelegation nach China fahren, ferner ist eine landwirtschaftliche Ausstellung für das Ende des Jahres geplant. (SWB/WER, 21.6.78)

#### (43) CIA: China auch weiterhin abhängig von Metallimporten

Trotz erneuter Bemühungen zur Steigerung der Produktion von wichtigen Metallen wird die VR China nach Ansicht des CIA bis weit in die achtziger Jahre hinein von Importen abhängig sein. Der Mangel an Investitionen und hohe Entwicklungskosten hätten die Produktion kaum ansteigen lassen, da die meisten der chinesischen NE-Metallreserven in entfernten Regionen im Süden und Südwesten des Landes liegen, wo das Terrain außerordentlich schwierig und die Infrastruktur nicht ausgebaut sei. Ferner seien die Anlagen